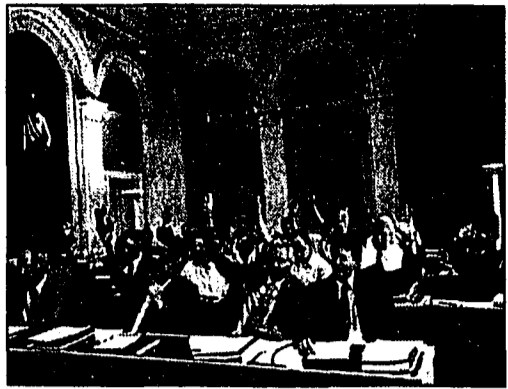


LANDTAG

«Kohle» für die Eisenbahn



«Kohle» für den neuen «Liechtenstein Takt»: Der Landtag stimmte einhellig einer finanziellen Unterstützung der Eisenbahnverbindung von Vorarlberg nach Liechtenstein zu. Bis zum Jahre 2003 sollen im Sinne eines Pilotprojektes 532 000 Franken an die Kosten der Österreichischen Bundesbahnen vom Land Liechtenstein ausgerichtet werden. Täglich pendeln mehrere Tausend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Vorarlberg nach Liechtenstein, um hier ihrer Arbeit nachzugehen. Zur Zeit werden die Arbeitswege durch Individualverkehr abgewickelt. Durch die Einführung des «Liechtenstein Takt» soll nun der Berufsverkehr auf die bestehenden Strukturen der Schiene verlegt werden. Egon Matt (Freie Liste) betonte, dass es ein Glücksfall sei, dass die Schienenverbindung schon gegeben sei. «Das Potenzial zum Umsteigen ist gegeben». Auch Ingrid Hassler unterstützte die wohlwollenden Worte Egon Matts und unterstrich, dass die Ausrichtung dieser finanziellen Unterstützung ein geschickter Beitrag sei, «dass der Verkehr nicht ganz ausser Kontrolle gerät».

Die FBPL-Abgeordneten Rudolf Lampert und Helmut Konrad unterstützten die Forderung des FL-Abgeordneten Egon Matt, dass die Regierung flankierende Massnahmen im Bereich des Verkehrs ins Auge fassen muss. Gedacht wurde vor allem an eine vernünftige Parkplatzbewirtschaftung. «Die Regierung soll in diesem Bereich Akzente setzen», forderte Helmut Konrad. Positiv bewertet wurde, dass mit der ÖBB eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit gefunden werden konnte. (pk)

Grosse Versprechen, aber noch keine Taten

In Liechtenstein könnten aufgrund bestehender gesetzlicher Grundlagen eigentlich schon seit langem billigere EWR-Medikamente eingeführt werden. Das Sparpotenzial, von Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter einmal mit bis zu 1 Mio. Franken beziffert, sei aber noch mit keinem Franken genutzt worden, kritisierte der FL-Abgeordnete Dr. Egon Matt im Landtag, denn bis heute sei in Liechtenstein noch kein einziges Medikament aus dem EWR verfügbar. Zur Diskussion stand gestern der Bericht der Regierung zu einer Interpellation der Freien Liste, der nach den Worten von Egon Matt verdeutlicht, dass die damaligen grossen Versprechungen des Gesundheitsministers bisher in keiner Weise erfüllt werden konnten. Es sei wohl tatsächlich so, dass Michael Ritter im Herbst 1998 im «Vaterland» den Mund zu voll genommen habe, bemerkte der FL-Abgeordnete, für den im Übrigen die von der Regierung angeführten Gründe «teilweise an der Haaren herbeigezogen sind». Wenn die Regierung beispielsweise festhalte, dass sich in der Schweiz ein Systemwechsel von der margenabhängigen zur leistungsorientierten Abgeltung der Apotheker bei der Arzneimittelabgabe abzeichne, so habe dies mit uns überhaupt nichts zu tun. Tatsache sei, so Egon Matt, dass nach wie vor grundsätzliche Voraussetzungen zur Einführung billigerer EWR-Medikamente fehlten. So erwähnte er insbesondere die nicht existierende Arzneimittelstatistik, die vom Krankenkassen-Verband trotz Verordnungsauftrag bis anhin nicht erstellt worden sei.

In ihrer Stellungnahme hält die Regierung inzwischen fest, dass es zwar noch immer ein Gefälle der Arzneimittel-Preise (im Einzelfall bis zu 30 Prozent) gebe, das Sparpotenzial des Einsatzes von EWR-Medikamenten sich aufgrund der Entwicklungen in der Schweiz aber verringert habe. Dennoch bekräftigt sie ein weiteres Mal ihren Willen, die nach wie vor bestehenden Möglichkeiten und Vorteile von EWR-Arzneimitteln nutzen zu wollen. Der FL-Abgeordnete Egon Matt begrüsst dies einerseits, warnte aber gleichzeitig davor, erneut falsche Erwartungen zu wecken. Die Regierung müsse nötigenfalls auch den Mut haben, einen Fehler eingestehen und zu erklären, dass das Vorhaben gescheitert sei. (mb)

VU: Parteipolitik auf Biegen und Brechen!

Mehrheitspartei: Machtgelüste bei personellen Besetzungen von Kommissionen und Verwaltungsratsposten

Gewohntes Bild bei der VU: Anlässlich der Wahlgeschäfte, bei denen es um die Bestellung von Landeskommissionsmitgliedern und Verwaltungsratsposten ging, griffen die Zahnräder der VU-Machtmaschine mit voller Kraft ineinander. Die Wahl des Verwaltungsrates der AHV/IV/FAK verdeutlichte die Ansprüche: Die VU stellt nun den Präsidenten sowie die Mehrheit im Verwaltungsrat und in den Aufsichtsorganen.

Peter Kindle

«Die FBPL verzichtet auf die Nomination eines Verwaltungsratspräsidenten für die AHV/IV/FAK, weil die VU aus unmotivierten Gründen die Wahl dieses Präsidenten beansprucht», unterstrich FBPL-Fraktions Sprecher Gebhard Hoch, als die Nominierungen bekannt gegeben wurden. Bereits zuvor hatte VU-Fraktions Sprecher Peter Sprenger verdeutlicht, dass die VU mit Horst Büchel einen eigenen Kandidaten vorschlägt.

Praxisänderung

Landtagspräsident Peter Wolff hatte im Vorfeld zu diesen personellen Wahlen bereits mit «berechtigten Wirtschaftsverbänden» Kontakt aufgenommen und um die Einreichung von Wahlvorschlägen gebeten. Die Industrie- und Handelskammer schlug Markus Büchel vor, der liechtensteinische Arbeitnehmerverband hätte Alice Fehr gerne als Verwaltungsratspräsidentin der AHV gesehen. FBPL-Fraktions-



Personelle Besetzungen in Verwaltungsräten und Landeskommissionen: Die VU-Mehrheit zeigte bei den Wahlen ihre Machtgelüste. (Bild: bak)

sprecher Gebhard Hoch wollte das Vorgehen des Landtagspräsidenten nicht kritisieren. Er regte nur an, dass er es für sinnvoll gehalten hätte, wenn der Landtagspräsident mit dem Landtagsbüro Rücksprache gehalten hätte: «So hätten viele Gespräche vermieden werden können, denn es ist nicht jedermanns Sache, im Landtag vorgeschlagen zu werden und dann nicht gewählt zu werden», führte Gebhard Hoch an.

Machtgelüste...

Bei den Nominierungen für die Verwaltungsratsstelle der AHV verdeutlichte die VU ihre uferlosen Machtansprüche: Sowohl der Präsident, als auch die Mehrheit in Verwaltungsrat und Aufsichtsorganen wurde angestrebt und dann bei den Wahlen selbst manifestiert. Präsident des VR wurde der jetzige Stell-

vertreter Horst Büchel mit 14 Stimmen. Des Weiteren wurden die VU-Kandidaten Angelika Nipp (20 Stimmen), Dieter Meier (17 Stimmen) und Alice Fehr (16 Stimmen) gewählt. Von Seiten der FBPL schafften Walburga Matt (22 Stimmen) und Markus Büchel (20 Stimmen) den Einzug in den Verwaltungsrat.

Für die gültige Wahl eines sechsten Verwaltungsratsmitgliedes wurde ein zweiter Urmengang im Parlament nötig: Während der FL-Nominierte Wolfgang Marxer mit 14 Stimmen gewählt wurde, musste der ehemalige Geschäftsführer der Gewerbe- und Wirtschaftskammer und FBPL-Vorschlag Manfred Batliner mit 10 erhaltenen Stimmen über die parteipolitische VU-Klinge springen. Als Ersatzmitglieder wurden David Falk (einstimmig) und Werner Thöni (18 Stimmen) gewählt.

VU steht nicht zu eigenen Aussagen

Bei den Verwaltungsratswahlen der Liechtensteinischen Kraftwerke bewies die VU, dass sie nicht einmal zu ihrem eigenen Wort steht. Verkündete Fraktions Sprecher Peter Sprenger bei den Wahlen zum AHV-Verwaltungsrat noch, dass man aus Gründen von «Kompetenz und Kontinuität» den bisherigen Stellvertreter als Präsidenten wählen solle, folgte bei den VR-Wahlen der LKW die Trendwende: der bisherige Stellvertreter Hanno Konrad wurde aufgrund der Nomination und Wahl der VU-Kandidatin Violanda Lanter-Koller verdrängt. Die VU-Maschinerie verleugnete mit dieser Präsidentenwahl ihre eigenen Aussagen.

Als reguläre Mitglieder wurden Hanno Konrad (Vizepräsident), Albert Kindle, Hans Quaderer, Franz-Josef Beck und Heribert Vogt gewählt. Stellvertretende Mitglieder sind Kurt Beck und Hubert Müssner.

In der Landesgrundverkehrskommission wurden Benedikt Marxer (Präsident) und Rudolf Fehr (Stellvertreter) bestätigt. Als Kommissionsmitglieder wurden Oswald Marxer, Inge Breitenbaumer, Werner Büchel und Luzia Walch gewählt. Stellvertretende Mitglieder wurden Rainer Gassner und Markus Wille.

Neubesetzungen gab es auch in der Landessteuerkommission: Zum Präsidenten wurde Christian Gstöhl gewählt. Vizepräsidentin ist neu Martha Spiegel. Ordentliche Mitglieder: Vroni Walser, Wolfgang Risch und Doris Frick. Ersatzmitglieder: Hubert Müssner, Xaver Biedermann und Elisabeth Stock.

Fleissaufgaben für die Regierung?

Postulat und Motion für Komplementärmedizin und Naturheilkunde an Regierung überwiesen

Die gesetzliche Regelung der Naturheilkunde und Versicherung für komplementärmedizinische Leistungen und Heilmittel waren zwei der tragenden Themen im Landtag gestern Vormittag. Ein Vorstoss der Freien Liste war auf der ganzen Linie ein Erfolg: Beide Anträge – eine Motion und ein Postulat – wurden an die Regierung überwiesen.

Erich Walter de Meijer

Die Menschen befinden sich in einem Dilemma: Mehr und mehr Menschen möchten die Künste der Komplementärmedizin und der Naturheilkunde in Anspruch nehmen – entsprechende Regelungen, Gesetze und Versicherungsanspruch gibt es aber noch nicht.

Diskriminierungen

In einer Motion der Freien Liste erörterte der Abgeordnete Egon Matt den Status Quo betreffend die gesetzliche Regelung der Naturheilkunde. Nach wie vor würde die Schulmedizin der Naturheilkunde mit grossem Misstrauen oder mit offener Ablehnung begegnen. «Tatsache ist aber, dass viele kranke Menschen den Methoden vertrauen und damit auch oft gute Erfahrungen machen. In Liechtenstein werden Naturheilpraktiker durch das Sanitätsgesetz diskriminiert. Eine gewerbmässige Ausübung ihres Berufs wird ihnen faktisch verunmöglicht, auch wenn sie im Besitz einer entsprechenden Gewerbebescheinigung sind. Heilpraktiker dürfen keine Diagnosen stellen», referierte Egon Matt. Es fehle eine gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Heilpraktiker. Ein Gesetzesentwurf



Marco Ospelt: «Motion und Postulat sind meiner Meinung nach überflüssig.»

existiere zwar seit vier Jahren, eine Weiterverarbeitung blieb bis dato aus. Matt mahnte zur Eile, weil die Naturheilpraktiker derzeit gezwungen sind, im gesetzlichen Niemandsland, in einer Grauzone, zu arbeiten. «Naturheilpraktiker müssen wissen, was ihnen erlaubt ist, und was der Schulmedizin vorenthalten ist», schliesst die Motion. Der Antrag fand bei der VU breite Unterstützung. Kritik kam aus den Reihen der FBPL: Marco Ospelt kritisierte: Es brauche weder eine Motion noch ein Postulat, beides sei eigentlich überflüssig, man sollte sich lediglich um das kümmern, was bereits erarbeitet und somit ohnehin schon ausgearbeitet sei: Der Gesetzesentwurf ist reif zur Diskussion, meinte er – und weiter: «Offensichtlich ist die Regierung überfordert, denn sonst wäre diesbezüglich schon längst etwas vorwärts gegangen.» Landtagspräsident Peter Wolff widerspricht und meint, dass die Mo-

tion sehr wohl gerechtfertigt sei, denn man habe der Bevölkerung gegenüber eine Bringschuld – und die Frage, unter welchen Voraussetzungen Naturheilpraktiker arbeiten dürfen, müsse endlich beantwortet werden. Und Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter erklärte dezidiert: «Die Naturheilpraktiker sind beunruhigt und ungeduldig. Das kann ich verstehen.» Er verspricht, dass man sich ab Herbst intensiv mit der Materie auseinandersetzen werde. Der Antrag wurde mit 13 Stimmen an die Regierung überwiesen.

Das Postulat – eine unnötige Fleissaufgabe?

Der nächste Tagesordnungspunkt 5 – ein Postulat betreffend die Übernahme komplementärmedizinischer Leistungen und Heilmittel in die Krankenpflege-Grundversicherung – ist die logische Folge aus der vorangegangenen Diskussion. «Das Verhalten der Bürger ist kein Modetrend», versicherte Egon Matt, «Patienten und Ärzte wissen oft nicht, wie weit sie gehen dürfen.» Überzeugt von der Naturheilkunde zeigte sich auch Stv. Abg. Dorothee Latenser: «Viele Heilmethoden sind erfolgreich. Jeder sollte diese Methoden nutzen können, auch wenn der Betroffene keine Zusatzversicherung besitzt.» Marco Ospelt kritisiert das Postulat als Versuch der weiteren Abkapselung von der Schweiz durch die Regierung. Eine Qualitätskontrolle sei ja schon vorhanden. Wenn das Postulat zum Tragen komme, würde das lediglich die Kosten steigern. Michael Ritter meinte, dass sich Liechtenstein in vielen Dingen von der Schweiz un-

terscheiden würde – «und wo es Sinn macht, sind solche Änderungen auch legitim.» Eine angenehme Nebenwirkung hätte die Sache mit dem Postulat auf jeden Fall, meinte Egon Matt: «Die ganze Angelegenheit wird transparent – und Transparenz sei allemal wünschenswert.» Der Antrag der Freien Liste ging mit 12 Stimmen durch: Die Regierung wird die Übernahme komplementärmedizinischer Leistungen und Heilmittel in die Grundversicherung und deren Vergütung durch die obligatorische Krankenversicherung prüfen – sofern sie von Ärztinnen oder Ärzten erbracht werden.

REKLAME

DROGEN RICHTIG EINSCHÄTZEN

FEHLINFORMATION

FEHL - INFORMATIONEN DURCHSCHAUEN